

2744 der Beilagen zu den stenographischen Protokollen des  
Bundesrates

B e r i c h t

des Wirtschaftsausschusses

über den Gesetzesbeschluß des Nationalrates vom 20. Oktober 1983 betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Fernmeldegebührengesetz geändert wird

Der vorliegende Gesetzesbeschluß des Nationalrates sieht eine Änderung der Fernsprechgrundgebühr sowie eine Gebührenstrukturänderung vor. Die Strukturänderung sieht insbesondere die völlige Auflassung der I. Fernzone und der IV. Fernzone vor. Der Gesetzesbeschluß enthält auch die Ausdehnung des ermäßigten Nacht- und Wochenendtarifs bei Inlandsferngesprächen auf gesetzliche Feiertage. Zugleich aber wird die Ortsgesprächsgebühr erhöht. Durch die gesamten Gebührenänderungen werden im Jahr 1984 Mehreinnahmen von rund 850 Millionen Schilling erwartet.

Der Wirtschaftsausschuß hat die gegenständliche Vorlage in seiner Sitzung vom 7. November 1983 in Verhandlung genommen. Der Antrag des Berichterstatters, Einspruch zu erheben, wurde mit Stimmenmehrheit angenommen.

Als Ergebnis seiner Beratung stellt der Wirtschaftsausschuß somit den Antrag, der Bundesrat wolle beschließen:

Gegen den Gesetzesbeschluß des Nationalrates vom 20. Oktober 1983 betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Fernmeldegebührengesetz geändert wird, wird mit der angeschlossenen Begründung, Einspruch erhoben.

Wien, 1983 11 07

H o l z i n g e r  
Berichterstatter

Leopoldine P o h l  
Obmannstellvertreter

./.

## B e g r ü n d u n g

zum vom Wirtschaftsausschuß beantragten Einspruch des Bundesrates gegen den Gesetzesbeschluß des Nationalrates vom 20. Oktober 1983 betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Fernmeldegebührengesetz geändert wird

Diese Novelle zum Fernmeldegebührengesetz ist ein Teil des Belastungspakets der sozialistischen Koalitionsregierung, die nunmehr den österreichischen Steuerzahlern die Rechnung für die Wirtschaftspolitik der sozialistischen Alleinregierung präsentiert. Statt zu sparen und die öffentliche Verschwendung zu stoppen, werden die Bürger neuerlich und massiv zur Kasse gebeten.

Ein Teil dieses Belastungspakets ist auch die Novelle zum Fernmeldegebührengesetz. Obwohl der Fernmeldesektor innerhalb der Post aus der laufenden Gebarung einen Überschuß von 10 Mrd. S erzielt hat und auch nach der Berücksichtigung der Investitionen noch mehr als 4,6 Mrd. S Gewinn übrigblieben, werden die Telefonkunden zusätzlich mit mehr als einer 3/4 Milliarde S belastet. 30 Milliarden Belastungen stehen nur knapp 2 Mrd. S Einsparungsankündigungen gegenüber.

Die Auswirkungen dieser Politik werden alle Österreicherinnen und Österreicher sehr rasch zu spüren bekommen. Die neue Belastungswelle ist

- o unsozial, weil sie gerade die ärmsten Bevölkerungsschichten am härtesten trifft
- o unnötig, weil man durch entsprechende Sparsamkeit auch ohne Steuererhöhungen durchgekommen wäre und
- o sinnlos, weil sie Arbeitsplätze zerstört, statt neue zu schaffen.

- 2 -

Nach übereinstimmenden Aussagen der österreichischen Wirtschaftsforschungsinstitute hat nämlich das Belastungspaket der Bundesregierung folgende Auswirkungen:

- o Die Inflationsrate wird im nächsten Jahr um 1 3/4 Prozentpunkte erhöht (also um die Hälfte).
- o Das Wirtschaftswachstum wird real von 1,5 % auf 0,5 % gesenkt (also um zwei Drittel).
- o Die Arbeitslosenrate steigt um 0,7 Prozentpunkte bzw. fast 20.000 Personen.
- o Die Realeinkommen werden um einen Prozentpunkt verringert und
- o der private Konsum, der derzeit im Ausland einen wesentlichen Wirtschaftsmotor darstellt, wird um 2,5 Prozentpunkte verringert.

Das auf Mallorca erfundene und durch die derzeitige Bundesregierung noch erweiterte Belastungspaket trifft also nicht nur die sozial schwächeren Bevölkerungsgruppen besonders stark, sondern es ist auch ein echter Hemmschuh für einen möglichen Wirtschaftsaufschwung. Das Steuerpaket bewirkt eine Umverteilung zum Staat, verlangt von den Bürgern beträchtliche Opfer und gefährdet tausende Arbeitsplätze, ohne den Staatshaushalt zu sanieren.

Aus all diesen Gründen erhebt der Bundesrat Einspruch gegen den im Titel zitierten Gesetzesbeschluß des Nationalrates.